

18.08.2004



„Nie wieder absaufen“ Wann wird es Wirklichkeit ?

Nachdem auf Initiative der Bürger im August 2002 erstmals ein Gespräch mit dem damaligen Ministerpräsidenten Clement stattfand, bei dem eine Lösung für das drängende Grundwasserproblem für das Frühjahr 2003 angekündigt wurde und Herr Clement versprach, „kein Korschenbroicher Bürger wird Wasser sehen“, fand im Mai 2003 das Gespräch beim Ministerpräsidenten, Herrn Steinbrück, statt. Ein Bündel von Maßnahmen wurde damals beschlossen. Was davon wurde zum Wohle der Bürger umgesetzt?

Mit dieser Frage wurden die Mitglieder der „Aktive Bürger Gemeinschaft – Die Aktive“ in den letzten Wochen an ihren Infoständen unzählige Male konfrontiert. In der Tat, nur wenig ist davon für die Bürger Korschenbroichs bisher sichtbar. In der Hauptsache hatte sich der Landrat, Herr Patt, für die Koordinierung des abgestimmten Maßnahmenkataloges eingebracht und eindrucksvoll den „Macher“ symbolisiert. Zuletzt mit seinem Vorstoß, das Landeswassergesetz zu ändern, um eine Regulierung der Grundwasserstände zu ermöglichen.

Der Korschenbroicher Bürgermeister, Herr Dick, dagegen, hat sich von dem Thema Grundwasser verabschiedet. Der Techn. Beigeordnete und Grundwasserbeauftragte, Herr Franken, wurde kurzerhand wegrationalisiert. Die Mehrheitsfraktion CDU hat sogar die städtische Grundwasser-Kommission kurzerhand aufgelöst, so als gäbe es gar kein Problem in der Stadt und alle Bürger wären glücklich, sicher und zufrieden. Dass dem nicht so ist, wissen die CDU-Mitglieder, die selbst seit Jahren mit dem Wasser im Keller kämpfen. Im Rat der Stadt dürfen sie dies, obwohl sie nach demokratischen Grundsätzen ihrem Gewissen verpflichtet sind, nicht zeigen.

Bisher kann aber auch der Landrat noch keine durchschlagenden Ergebnisse aufweisen. Es gibt noch immer keine Reaktivierung des weitläufigen Grabensystems und keine Ertüchtigung der Vorfluter. Keine Lösung für Notmassnahmen im kommenden Winter. All das sollten die Alternativen zu einer von den Bürgern geforderten solidarischen hydraulischen Lösung werden.

Mit einer für den Bürger in Korschenbroich wirksamen Entlastung von Not und Angst, kann bisher jedoch noch immer nicht aufgewartet werden. Der Wiederanstieg des Grundwassers auf das Niveau von (vor) 1955, ist nach wie vor bedrohende Realität.

Einziges Vorzeige-Ergebnis mit einjähriger Verspätung (und damit rechtzeitig zur Kommunalwahl) ist das Beratungsbüro in Glehn. Vor wenigen Wochen eröffnet, als Meilenstein auf dem Lösungsweg gefeiert, soll es den Bürger objektiv und vertrauensvoll informieren. Laut Presseberichten ist die Bewertung der Gespräche positiv.

18.08.2004



Trotzdem stellt die „Aktive Bürger Gemeinschaft“ nach Gesprächen mit Bürgern, die eine Erstberatung im Grundwasser-Beratungsbüro Glehn nutzten, fest, dass die Bürger immer noch verunsichert und mit dem Problem alleine gelassen sind.

Bei der Beratung zur individuellen Betroffenheit wird nach Feststellung des höchstzuerwartenden Grundwasserstandes und Einfluss des Braunkohlebergbaus der Worst Case, z. B. erst für das Jahr 2050 prognostiziert.

Die individuelle Betroffenheit wird in den Kategorien „nicht gegeben“ bis „bereits jetzt gegeben“ und die Häufigkeit der Betroffenheit mit „nie“ bis „dauernd“ eingeschätzt.

Wann das Gebäude erstmalig betroffen sein wird, wird nicht beantwortet. Allerdings kann sich der Hauseigentümer an der vom Erftverband übergebenen Grafik der nächstgelegenen Messstelle selbst orientieren.

Die im Anschluss an das beratende Gespräch stattfindende bauphysikalische Beratung macht deutlich, in welcher Misere die Bürger wirklich stecken. Von „Keller aufgeben“ über „Haus ausgraben, Dickschicht aufbringen“, „Bodenplatte austauschen“ und „innenliegende Wanne“, etc. ist jede bauphysikalische Sanierungsmöglichkeit dabei. Dass jedoch eine Sanierung für ein 1,30 m betroffenes Haus von keiner Bank finanziert wird, wird vom beratenden Architekten offen ausgesprochen.

Eine verbindliche Aussage zur Sanierung wird erst nach einer neuerlichen – wahrscheinlich zeit- und kostenintensiven - Beratung durch einen empfohlenen Ingenieur oder Architekten getroffen.

So steht der Bürger wieder mit der Gesundheitsgefahr, z. B. durch Schimmelpilz, und dem Werteverlust seines Hauses alleine da.

Die Kosten von 120.000 Euro, die das Büro in den 6 Monaten bis Jahresende kosten wird, wären nach Ansicht der „Aktiven Bürger Gemeinschaft“ besser in erste Maßnahmen zur Grundwasserbegrenzung investiert worden. Somit wäre wenigstens eine Basis für weitere konstruktive Maßnahmen geschaffen worden.

Eine solidarische Lösung wird nicht ganz ohne Beteiligung der Bürger machbar sein. Gleichzeitig sollten aber endlich Landesmittel aus dem „Wasserentnahmegesetz“ angemeldet und abgerufen werden. Hier wäre ein gebundener, zweck geeigneter Einsatz der neugeschaffenen Landeseinnahme (in 2004 ca. 156 MioEuro) gegeben.

Wer von den Politikern, die sich im September wieder wählen lassen, wird sich wohl für diesen Lösungsweg einsetzen? Doch nur so heißt es wirklich: Nie wieder absaufen.